

Neue Hoffnung auf mehr Lärmschutz an der A 8

Remchinger Bürgerinitiative gibt nicht auf: Bundesverkehrsministerium will offenbar den Bau zusätzlicher Wände auf den Erdwällen prüfen

RALF STEINERT

REMCHINGEN/KARLSBAD/PFORZHEIM

Stinksauer kehrte die Remchinger Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ vor einem Jahr vom Lärmgipfel im Bundesverkehrsministerium in Berlin zurück. Der Bund lehnte die Hauptforderungen der Bürger und der Gemeinde ab, den Schutz der Einwohner an der A 8 vor dem Verkehrslärm zu verbessern. Die Autobahn mit sechs neuen Spuren ist inzwischen fertig, die Baufirmen sind abgezogen – doch die Initiative lässt nicht locker. Denkbar seien noch Schutzwände auf den Erdwällen, sagten Irmgard Zachmann und Klaus Wachter von der Bürgergruppe bei einem Gespräch in der PZ-Redaktion.

Die Initiative schöpfte dieser Tage wieder Hoffnung auf zusätzliche Lärmschutzelemente – nach einer Diskussion mit dem Verkehrsstaatssekretär des Bundes am Rande der IT-Trans-Messe in



Zeigen hohe Lärmpegel an der A8 (von links): Klaus Wachter und Irmgard Zachmann von der Bürgerinitiative im Gespräch mit PZ-Redakteur Ralf Steinert. FOTO: KETTERL

Karlsruhe. Norbert Barthle (CDU), zuständig für Baden-Württemberg, habe zugesichert, diese bauliche Lösung zu prüfen. Beim Berliner Gipfel hatte er die Forderung aus Remchingen noch vom Tisch gefegt, wie die PZ berichtet hat.

Die Bürgerinitiative setzt sich seit vier Jahren gegen Überschrei-

tungen der nächtlichen Lärmgrenzwerte ein. An rund 300 Gebäuden, davon 230 in Nöttingen und 70 in Darmsbach, ist es zu laut – dort übersteigt der Schall von der A 8 die zulässigen Werte. Die Planer des Landes, aber auch der Bund, zweifelten diese Kritik nicht einmal an, beriefen sich

aber auf den rechtlich bindenden Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2006 – Nachbesserungen wären nicht mehr möglich. Die Anwohner sagen dagegen, damals seien die Fehler in den Berechnungen der Schallausbreitung nach dem Ausbau der A 8 noch gar nicht bekannt gewesen.

Kommt jetzt noch einmal Bewegung in die Auseinandersetzung? Matthias Gastel (Grüne), Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestags, glaubt nicht an eine Wende. Norbert Barthle habe ihm vor drei Wochen geschrieben, die Ausbaubeschlüsse seien „unanfechtbar“. Der Lärmschutz entspreche den „gesetzlichen Bestimmungen“. Für die Finanzierung ergänzender Lösungen, wie zum Beispiel von Wänden, durch den Bund bestehe „keine Rechtsgrundlage“. Gastel hatte von Bürgern erfahren, wie stark die Belastungen sind, und den Staatssekretär um Antwort gebeten.

Doch die Initiative um Zachmann und Wachter lässt sich nicht entmutigen. Bund und Land hätten nie erklärt, wie teuer weitere Schutzwände sind. Geld spiele wohl keine Rolle, denn die Kosten für den Ausbau seien von 100 auf 150 Millionen Euro gestiegen und ohne Probleme finanziert worden.

Laut Analysen des Landes senkten die herabgesetzte Geschwindigkeit und die verlängerten Erdwälle den Lärm nur unwesentlich. „Viele Anwohner sagen uns aber, dass von den angehobenen Fahrbahnen nun mehr Verkehrslärm in ihre Wohngebiete dringt“, so die Bürgerinitiative.

Der Bund müsse nachrüsten. Mit dem bewilligten Geld für passive Einrichtungen – wie zum Beispiel für Schutzfenster – wolle sich „der Bund freikaufen“. Technisch sei es möglich, auch nachträglich Lärmwände zu errichten. Die Initiative habe jüngst zudem Ministerpräsident Kretschmann über den Konflikt informiert.